

Wirtschaft

«Selbstanzeigen nehmen zu, weil es kein Abkommen mit der Schweiz gibt»

SPD-Kandidat Peer Steinbrück sagt vor der Kanzlerwahl vom 22. September, dass die Ablehnung des Steuerabkommens ein wichtiger Erfolg der SPD im Kampf gegen Steuerhinterziehung war.

Mit Peer Steinbrück sprach Ricardo Tarli

Welche Akzente im Verhältnis zwischen Deutschland und der Schweiz werden Sie setzen, falls Sie Bundeskanzler werden? Welche Erwartungen haben Sie an die Schweizer, vor allem bezüglich des Steuerdossiers? Die Beziehungen zur Schweiz würden mit mir als Bundeskanzler weiter von Freundschaft und Partnerschaft geprägt sein. Die Schweiz ist ein wichtiger Nachbar, viele deutsche Staatsbürger leben und arbeiten in der Schweiz. Ich verfolge mit viel Interesse, dass sich in der Schweiz einiges bezüglich der Bekämpfung von Steuerbetrug und der Normalisierung eines bestimmen Geschäftsmodells der Schweizer Banken tut. Dabei ist die Schweiz zu unterstützen.

«Ich setze auf Schweizer Kooperationsbereitschaft bei der Durchsetzung der deutschen Steuergesetzgebung»

Das Steuerabkommen mit der Schweiz ist gescheitert: Welchen Weg würden Sie als Bundeskanzler in den Verhandlungen mit der Schweiz einschlagen? Wenn es ein Abkommen geben soll, dann muss sich die Schweiz verpflichten, den deutschen Steuerbehörden die gleichen Rechte einzuräumen wie den amerikanischen. Das gescheiterte Abkommen ist jedenfalls keine Grundlage für eine Übereinkunft.

Laut Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble will die CDU nicht neu verhandeln, sondern über die OECD den automatischen Informationsaustausch erreichen. Ist das auch für die SPD ein gangbarer Weg? Den automatischen Informationsaustausch müssen wir europäisch und global durchsetzen. Er ist die beste Option, Transparenz zu schaffen und Steuerhinterziehung sichtbar zu machen. Problematisch ist nach wie vor die unkooperative Haltung einiger Steueroasen, auf die auch über die OECD mehr Druck ausgeübt werden muss. Es kommt auf internationale Absprachen und konzertierte Aktionen der G20 an. Hier hat die Bundesregierung zu viel schleifen lassen und ist erst spät aufgewacht. Das wird sich mit mir als Bundeskanzler ändern.

Trifft der Eindruck zu, dass die SPD eigentlich ganz gut mit dem Status quo leben kann? Auch ohne Abkommen steigt ja offenbar die Anzahl der Selbstanzeigen - das zeigt auch der Fall Uli Hoeness.



Die deutschen Steuerbehörden sollen die gleichen Rechte erhalten wie die amerikanischen, so Peer Steinbrück. Foto: Julian Röder

Nein, es ist genau umgekehrt! Die Selbstanzeigen nehmen zu, weil es kein Abkommen gibt, und das ist vollkommen richtig so. Herr Hoeness hatte sich nach eigener Aussage ja auf die Amnestieregelung des Abkommens verlassen. Nun bekommen viele Steuerhinterzieher kalte Füße und bringen ihre Schäfchen doch lieber ins Trockene. Mit dem Abkommen hätten sie nichts befürchten müssen und wären anonym geblieben. Die Ablehnung des Abkommens war ein

wichtiger Erfolg der SPD im Kampf gegen Steuerhinterziehung.

Wolfgang Schäuble hat in einem Interview auf Ihr Kavallerie-Zitat Bezug genommen und gesagt, dass die Deutschen nichts von «Polemik gegen die Schweiz» halten würden. Was entgegenen Sie darauf? Ich habe seinerzeit mit meinen rhetorischen Ausflügen in meine Western-Vergangenheit sicher nicht jedem nach

dem Mund geredet. Aber es ist etwas in Gang gekommen, ganz eindeutig! Da wurde ein Nerv getroffen. Ich setze auf die Kooperationsbereitschaft der Schweiz bei der Durchsetzung der deutschen Steuergesetzgebung, so wie wir das auch bei der Vereinbarung zwischen der Schweiz und den USA gesehen haben. Darauf werde ich als Bundeskanzler drängen, da gibt es für mich keine Alternative. Das Interview wurde schriftlich geführt.

Banken sollen Bussen abziehen können

Banken werden Bussen, die ausländische Behörden gegen sie verhängen, möglicherweise von den Steuern abziehen können. Der Nationalrat will dies jedenfalls nicht untersagen und hat eine entsprechende Motion des Ständerats abgelehnt. Der Vorstoss ist damit vom Tisch. Der Ständerat hatte den Vorstoss im Rahmen der Beratungen zur «Lex USA» angenommen. Die Motion beinhaltet, dass Banken Bussen wegen Verstössen gegen Steuerrecht im Ausland nur dann von den Steuern in der Schweiz abziehen können, wenn die Bussen nach schweizerischem Recht missbräuchlich erscheinen. Die Gegner im Nationalrat befürchteten, gewisse Unternehmen könnten sich veranlasst sehen, ihren Sitz ins Ausland zu verlagern, sollten Bussen nicht mehr abzugsfähig sein. Dies umso mehr, als dass Sanktionen existenzbedrohend sein könnten. Ferner stünde es im Widerspruch zum Prinzip der Wertneutralität des Steuerrechts, wenn Bussen zum geschäftsmässig begründeten Aufwand ausgeschlossen würden. Die unterlegenen Befürworter argumentierten, es gehe nicht an, dass die Allgemeinheit über eine Verringerung des Steuersubstrats für Bussen gegen Banken aufkommen müsse. Ausserdem könnte so die Rechtslage geklärt werden. Während in der Praxis straffrechtliche Bussen bereits heute nicht abzugsberechtigt seien, halte die Lehre fest, dass Bussen zum geschäftsmässig begründeten Aufwand gehörten. (SDA)

Nationalrat winkt Fatca durch

Die Schweiz gewährt den USA in Zukunft einen beinahe automatischen Informationsaustausch. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat das Abkommen zur Umsetzung des US-Steuergesetzes Fatca genehmigt, das Banken zur Kooperation verpflichtet. Mit dem Foreign Account Tax Compliance Act verpflichten die USA ausländische Banken dazu, Konten von US-Kunden ihren Steuerbehörden zu melden. Die Banken sind gezwungen, das Gesetz ab Mitte 2014 umzusetzen, sofern sie nicht faktisch vom US-Kapitalmarkt ausgeschlossen werden wollen. Dies gilt unabhängig vom Steuerdeal, den die Schweiz und die USA vor kurzem abgeschlossen haben. Der Widerstand im Parlament hielt sich daher in Grenzen. Fatca sei eine Tatsache, ob es der Schweiz passe oder nicht, lautete der Tenor in den Räten. Der Ständerat hatte dem Abkommen in der Sommersession fast oppositionslos zugestimmt. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf stellte fest, dass niemand über Fatca glücklich sei. Das Abkommen sei aber wichtig, nicht zuletzt wegen der Ausnahmen. Von den neuen Pflichten für Finanzinstitute ausgenommen sind Sozialversicherungen, private Vorsorgeeinrichtungen sowie Schadens- und Sachversicherungen. Banken mit vorwiegend lokaler Kundschaft gelten unter bestimmten Voraussetzungen als Fatca-konform und unterliegen lediglich einer Registrierungs-pflicht. (SDA)

Die Frau, die US-Steuerhinterzieher und Schweizer Banken jagt

Kathryn Keneally, seit 2012 Chefin der Steuerabteilung im US-Justizdepartement, richtet unmissverständliche Worte an die Schweizer Banken. Von Simon Schmid «Wenn jemand ein Schweizer Bankkonto besitzt, so wäre es mehr als töricht zu glauben, dass dieses Konto geheim bleibt», sagt Kathryn Keneally im Gespräch mit der Agentur Bloomberg. Es ist das erste Interview, das sie seit ihrem Stellenantritt im April 2012 gab. Sie ist Chefin der Abteilung Steuern im US-Justizministerium. Unter ihrer Aufsicht arbeiten 90 Staatsanwälte und 270 Juristen daran, Steuerdelikte inner- und ausserhalb der Vereinigten Staaten aufzuklären. Keneally rapportiert direkt an James Cole, der als stellvertretender

Justizminister am 29. August den Steuerdeal mit den Schweizer Behörden unterzeichnete. Keneallys Botschaft richtet sich einerseits an jene US-Bürger, deren Geld noch immer bei Schweizer Banken lagert. «Die Banken, die sich (beim Justizministerium) melden, werden uns Informationen darüber liefern, wohin das Geld geflossen ist.» Ein Wink an Steuersünder, am Offshore-Offenlegungsprogramm der USA teilzunehmen. Dieses läuft bei der Steuerbehörde IRS seit Januar 2012.



Kathryn Keneally Die 55-jährige Juristin arbeitete seit 1982 für diverse Behörden und Kanzleien. Am 6. April 2012 wurde sie für das US-Justizdepartement vereidigt.

Offiziellen Zahlen zufolge führte das Programm zusammen mit den Vorgängerprogrammen der Jahre 2009 und 2011 bis jetzt zur Legalisierung von 5,5 Milliarden Dollar Schwarzgeld von 38 000 US-Bürgern. Warnung an Banken «Dieses Programm hat uns eine Fülle von Informationen geliefert», sagt die 55-jährige Chefanwältin. So seien die amerikanischen Behörden zunehmend in der Lage, Muster zu erkennen, Banken und mögliche Zeugen zu identifizieren. Zeugen und Whistleblower braucht das Justizministerium, um vor Gericht den Nachweis zu erbringen, dass Schweizer Banken ihren US-Kunden aktive Hilfe zur Steuerhinterziehung geleistet haben. Keneallys Warnung geht auch an sie: «Wir sind bereit und auch erpicht darauf, Nachforschungen anzustellen und diese Banken strafrechtlich zu verfolgen.» Jede Bank, die ein Schwarzgeld-

problem habe und sich bis Ende dieses Jahres nicht melde, sei extrem schlecht beraten. Am 31. Dezember 2013 läuft die Frist für Banken der Kategorie 2 aus, die mit dem US-Justizministerium eine aussergerichtliche Vereinbarung abschliessen wollen, um so einer Klage zu entgehen. Für eine solche Vereinbarung müssen umfassende Angaben zum US-Geschäft in die USA geschickt werden, darunter die Leaver-Listen mit der Destination der abgezogenen US-Kundengelder. Abgestufte Bussen mit Spitzensätzen von 50 Prozent der un versteuerten Gelder werden fällig. Keneally sagt, dass die Gesamthöhe der Bussen eine Milliarde Dollar übersteigen könnte. Kundendaten von Steuerhinterziehern erhalten die US-Behörden über eine Anfrage im Rahmen des 2009 beschlossenen Doppelbesteuerungsabkommens, das im Kongress jedoch noch immer hängt ist. In jenem Abkommen

sieht Kathryn Keneally ein «sehr effektives und nützliches Instrument zur Rechtsdurchsetzung». Vor ihrem Wechsel ins Justizdepartement hatte Keneally während 25 Jahren in der Privatwirtschaft gearbeitet, zuletzt für die Wirtschaftskanzlei Fulbright & Jaworski. 2012 wurde sie nur als zweite Wahl auf ihren Posten gehievt, nachdem Barack Obamas ursprünglich favorisierte Kandidatin durch das Parlament abgelehnt worden war. Keneally stellt auch klar, dass Anstrengungen der US-Justiz nicht auf die Schweiz beschränkt bleiben werden. «Wir führen Untersuchungen und bereiten Aktivitäten in anderen Teilen der Welt vor», sagt Keneally. Die US-Justiz sei bereits auf den Karibischen Inseln sowie in Indien, Israel, Liechtenstein und Luxemburg juristisch aktiv geworden. Welche weiteren Schritte in diesen Ländern unternommen werden, wollte Keneally nicht sagen.